

Antrag 6/II/2023**AsJ Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Ablehnung****Einführung einer Hochschulausbildung für Gerichtsvollzieher*innen**

1 Die sozialdemokratischen Abgeordneten im bran-
2 denburgischen Landtag werden aufgefordert, sich
3 dafür einzusetzen, dass im Land Brandenburg in
4 Anlehnung an das Baden-Württembergische Mo-
5 dell eine Hochschulausbildung für Gerichtsvollzie-
6 her*innen eingeführt wird.

7

8 Begründung

9 Um den Bürger*innen ihr Recht auf eine Zwangsvoll-
10 streckung nach höchsten rechtsstaatlichen Prinzipi-
11 en zu gewährleisten, ist eine Reform der Gerichts-
12 vollzieherausbildung in Brandenburg zwingend not-
13 wendig. Aufgrund des digitalen Wandels, der Freizü-
14 gigkeit in der Europäischen Union und den daraus
15 erwachsenen steigenden Anforderungen hat sich
16 die Tätigkeit von Gerichtsvollziehern und Gerichts-
17 vollzieher*innen in den letzten 30 Jahren stark ge-
18 wandelt. Bürger*innen haben einen Anspruch auf
19 ein bestens qualifiziertes Zwangsvollstreckungsor-
20 gan, welches die Durchsetzung des staatlichen
21 Gewaltmonopols nach höchsten rechtsstaatlichen
22 Prinzipien gewährleistet. Die derzeitige Ausbildung
23 wird den ständig wachsenden rechtlichen und so-
24 zialen Anforderungen an diese Tätigkeit im Span-
25 nungsfeld zwischen Gläubiger- und Schuldnerinter-
26 essen nicht mehr gerecht. Hinzukommen seit Jah-
27 ren gravierende Probleme bei der Nachwuchsgewin-
28 nung, denen bisher durch das Absenken, der Einstel-
29 lungsvoraussetzungen begegnet wurde. Dieser Weg
30 führt in eine Sackgasse. Eine zukunftsfähige Stra-
31 tegie, um ausreichend qualifizierten Nachwuchs zu
32 gewinnen, kann aus unserer Sicht nur aus einer Stei-
33 gerung der Attraktivität des Berufsbildes auf der ei-
34 nen Seite und einer
35 Hochschulausbildung auf der anderen Seite be-
36 stehen. In Baden-Württemberg wird dieser Weg
37 seit 2016 konsequent beschritten und die Re-
38 Akkreditierung des dortigen Studienganges hat der
39 Hochschule in Schwetzingen hervorragende Ergeb-
40 nisse bescheinigt. Auch in anderen Bundesländern
41 wird zunehmend Interesse bekundet, die Ausbil-
42 dung ihrer Gerichtsvollzieher*innen im Verbund mit
43 anderen Bundesländern zu reformieren. Es erscheint

44 uns daher sinnvoll, dass das Land Brandenburg hier
45 dem Land Baden-Württemberg folgt und die Einfüh-
46 rung eines Hochschulstudiums für Gerichtsvollzie-
47 her*innen auf den Weg bringt. Eine Studie der Hoch-
48 schule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Berlin hat
49 bereits die Machbarkeit einer Umsetzung beschei-
50 nigt.